

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**An den
Präsidenten des
Bundesverfassungsgerichts**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 10.Juli 2018

Verfassungsbeschwerde

**wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
(gigantische Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010)**

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten
Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter
Sippenzerschlagung

mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen
Heimat, kapitalen Vermögensschäden und Verstöße gegen
fundamentale Menschenrechte

**trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa. Daher**

Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Hier: Nicht nur Versagung von rechtlichem Gehör trotz einer unvermeidbaren,
Instanz abschließenden Anhörungsrüge, sondern zusätzlich diskriminierende
Darstellung eines nicht mehr zu erkennenden Sachverhalts

infolge ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe, am zuständigen Landgericht, das sich

nur an der Zerschlagung beteiligen möchte, hier
mit Ziel der sozialen und psychischen Zerschlagung (Zerschlagung 4 und 5)

Albin L. Ockl (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1
bis 6, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems)
gegen **Debeka** Krankenversicherungsverein AG, Koblenz

Aktenzeichen: 16 T 13/18 Landgericht Wuppertal,
16 M 480/17 Amtsgericht Velbert

Begründung der Verfassungsbeschwerde:

BVERFG-01(23). Angegriffene Hoheitsakte zur Durchsetzung einer seit Beginn 2010 nicht mehr bestehenden Krankenversicherung
> nach *Teil-Versäumnis-* und *Schlussurteil 7 O 314/12* vom 16. April 2015
> nach zugehörigen Verfassungsbeschwerden mit Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung zu Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut
> nach Beschluss 16 T 13/18 der 16. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 11. Juni 2018 mit Vollstreckung aus *Schlussurteil 7 O 314/12* mit Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, kapitalen Vermögensschäden und Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

BVERFG-02(23). Gerichtsverfahren
7 O 315/12 Landgericht Wuppertal mit *Teilversäumnis-* und *Schlussurteil* am 16. April 2015 (Anlage AGVE-1804) und
16 T 13/18 Landgericht Wuppertal, *16 M 480/17* Amtsgericht Velbert
Teil eines
teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art. 103 Abs. 1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Gigantische kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der „herrschenden“ Generation
seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden
Mit gigantischen Zerschlagungen der Innovationselite zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen.

BVERFG-03(23). Gerichtsverfahren
7 O 315/12 Landgericht Wuppertal mit *Teilversäumnis-* und *Schlussurteil* am 16. April 2015 (Anlage AGVE-1804) und
16 T 13/18 Landgericht Wuppertal, *16 M 480/17* Amtsgericht Velbert
mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art. 103 Abs. 1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts
Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre

Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit **Verlust eines Menschenlebens mit Fortsetzung hasskrimineller Hexenjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft** sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.
Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

BVERFG-04(23). Gerichtsverfahren

7 O 315/12 Landgericht Wuppertal mit Teilversäumnis- und Schlussurteil am 16. April 2015 (Anlage AGVE-1804) und

16 T 13/18 Landgericht Wuppertal, 16 M 480/17 Amtsgericht Velbert im krassem Widerspruch zu

> Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit herausragende Persönlichkeiten als Zeugen:

Europäische Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt

zu den Zusammenhängen von

gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010

zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

zugunsten von mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

BVERFG-05(23). Zurückweisung diskriminierender Justiz:

7 O 315/12 Landgericht Wuppertal mit Teilversäumnis- und Schlussurteil am 16. April 2015 (Anlage AGVE-1804) und

16 T 13/18 Landgericht Wuppertal, 16 M 480/17 Amtsgericht Velbert

Tatsache: "Teilversäumnis" durch Missbrauch eingeschränkter

Prozesskostenhilfe (diskriminierendes Framing!) ist verfassungswidrig, weil in Wirklichkeit absichtliche Versagung von rechtlichem Gehör für

kausale Zusammenhänge mit staatlich erzwungener Altersarmut und mit kapitalen Schäden infolge politisch motivierter Zerschlagungen,

Menschenrechte verachtende und diskriminierende Zwangsmassnahmen zu Forderungen der Krankenversicherung aus Schlussurteil 7 O 315/12

völlig überflüssig durch angemessenen Schadenersatz und Rehabilitierung Vorzeitige Erzwingung von Forderungen aus dem Schlussurteil trotz

staatlich erzwungener Altersarmut des Zerschlagungsopfers:

Teuflisches, Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem

Vernichtung jeglicher Perspektive auf Krankenversicherung für den Rest des Lebens (soziale Zerschlagung des Opfers mit grundrechtsgleichen

Recht der Zurückweisung jeder Entmündigung)

Beschwerdeführer ist das Opfer, nicht der Täter von politisch motivierten Zerschlagungen >>> Kein Weiter so!

**BVERFG-06(23). Was muss mit dieser Verfassungsbeschwerde erreicht werden? Kein Weiter so!
Sensibilisierung von Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht
Sofortige Einstellung des Missbrauchs von Staatsgewalt.
Rechtliches Gehör für eine erdrückende Beweislage am Verwaltungsgericht Berlin, am Verwaltungsgericht Düsseldorf, am Landgericht Wuppertal
System Deutschland auf dem Weg zu einem teuflischen Unrechtssystem
Teuflische Eskalation zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel einer Erzwingungshaft für 180 € Bußgeld für eine Verkehrsordnungswidrigkeit mit Rechtsbeugung, weil kein Bezug zum Verkehr, unter Verantwortung einer skrupellosen, weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft
Daher : Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung**

Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Zu BVERFG-01(23). Angegriffene Hoheitsakte zur Durchsetzung einer seit Beginn 2010 nicht mehr bestehenden Krankenversicherung

> nach **Teil-Versäumnis-** und Schlussurteil 7 O 314/12 vom 16.April 2015

> nach zugehörigen Verfassungsbeschwerden mit Nichtannahme zur Entscheidung ohne Begründung zu Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut

> nach Beschluss 16 T 13/18 der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 11.Juni 2018 mit Vollstreckung aus Schlussurteil 7 O 314/12 mit Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, kapitalen Vermögensschäden und Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Das *Teil-Versäumnis-* und Schlussurteil 7 O 314/12 vom 16.April 2015 des Landgerichts Wuppertal wurde bereits in einer früheren Verfassungsbeschwerde nach Instanz-abschließender Anhörungsrüge angefochten, weil das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ohne anwaltliche Vertretung kein rechtliches Gehör zu den politisch motivierten Zerschlagungen als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut erhalten hat (Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe für künstliches Teilversäumnisurteil trotz physischer Anwesenheit in einem teuflischen Unrechtssystem, "**Teilversäumnis**" ist missverständliches, **diskriminierendes Framing**)

Teil-Versäumnis- und Schlussurteil 7 O 314/12 vom 16.April 2015: Sieh **Anlage AGVE-1804** mit Beschwerdeverfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe und abschließender

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 928/16 vom 11.Jan.2016

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

Im Beschwerdeverfahren mit Antrag auf Prozesskostenhilfe und in der Verfassungsbeschwerde hat der Beschwerdeführer vorrangig das Teilversäumnisurteil angegriffen, weil rechtliches Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut bis heute versagt wurde und wird. Nicht zu fassen: Das Opfer wurde verantwortlich gemacht für die erlittenen Zerschlagungen und die dadurch verursachte Altersarmut. Nicht mehr verständlich ist die Nicht-Annahme der Verfassungsbeschwerde **1 BvR 928/16** zur Entscheidung ohne Begründung.

Parallel dazu zivilgerichtliche, strafgerichtliche und verwaltungsgerichtliche Verfahren in direktem Zusammenhang mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit Antrag auf Prozesskostenhilfe durch alle Instanzen bis zur Verfassungsbeschwerde.

Das Opfer beklagt den Missbrauch deutscher Justiz durch eine weisungsgebundene, skrupellose, bundesweit tätige Staatsanwaltschaft für eine **bundesweite Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, kapitalen Vermögensschäden und Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte**

mit Versagung von rechtlichem Gehör zu einer erdrückenden Beweislage. Weder die 1.Instanz noch die 2. Instanz der angegriffenen Hoheitsakte nehmen dazu Stellung. Sofortige Beschwerden werden in Rechtsbeschwerden umgedeutet, um auf Sachargumente nicht eingehen zu müssen.

Rechtsstaatliche Verfahren sehen anders aus. Rechtsbeschwerden ohne Bezug zu richtungsweisenden Sachargumenten haben überhaupt keinen Sinn, indem Sachargumente einfach überlesen werden und höchstens zur Diskriminierung in Beschlüssen missbraucht werden. Immer wieder muss das Opfer anhören, dass Sachargumente keine Bedeutung hätten.

In dieser Verfassungsbeschwerde geht es um Zwangsmaßnahmen, die eigentlich von der Debeka-Krankenversicherung kommen müssten, tatsächlich aber von **einer skrupellosen Staatsanwaltschaft zur sozialen und psychischen Zerschlagung missbraucht werden, ohne dass die mit dem Teilversäumnisurteil unterdrückten Vorwürfe zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz erdrückender Beweislage einer richterlichen Bewertung zugeführt werden konnten.**

Folgende Hoheitsakte deutscher Justiz am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal werden angegriffen,

weil sie eigentlich der sozialen Sicherheit mit einer Krankenversicherung dienen sollten, tatsächlich aber für das Gegenteil missbraucht werden, für soziale und psychische Zerschlagung. Schadenersatz ist eine notwendige Voraussetzung, um das Schlussurteil 7 O 314/12 vom 16. April 2015 (Anlage AGVE-1804) überhaupt umsetzen zu können. Folgende Hoheitsakte sind betroffen:

Beschluss 16 T 13/18 der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 11.Juni 2018 (eingegangen am 29.Juni 2018, Anlage VB-01(23)) am Ende eines Gerichtsverfahrens mit durchgängiger Versagung von rechtlichem Gehör zu staatlichen Übergriffen als einzige Ursache seit Beginn des Gerichtsverfahrens in 2012 an der 7.Zivilkammer, ohne Krankenversicherung seit 2010 infolge staatlich erzwungener Altersarmut **nach** Schriftsatz vom 22.Mai 2018 (Anlage VB-02(23)) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 12.April 2018 (eingegangen am 09.Mai 2018) wegen fortgesetzter Versagung von rechtlichem Gehör nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichen Gehör für Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 gemäß Rechtsbehelfsbelehrung des Amtsgerichts zum Beschluss 16 M 480/17 vom 14.12.2017
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>
Scroll down after link (page 54)

Beschluss 16 T 13/18 der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 12.April 2018 (Anlage VB-03(23)) **nach** Schriftsatz vom 21.März 2018 an Amtsgericht Velbert (Anlage VB-04(23)) mit der Forderung nach sofortiger Einstellung aller Zwangsmaßnahmen. Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichen Gehör für Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 (Anlage VB-05(23)) gemäß Rechtsbehelfsbelehrung zum Beschluss 16 M 480/17 vom 14.12.2017
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>
Scroll down after link (page 39)
mit den Anlagen AGVE-1805, AGVE-1806, AGVE-1807

Anlage AGVE-1805

Androhungen der Obergerichtsvollzieherin vom 12.03.2018

Anlage AGVE-1806

Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Hinweis auf Staatshaftung und hier Einspruch vom 20. März 2018 gegen Zwangsmaßnahmen einer neuen OGV'in

Anlage AGVE-1807

Staatsanwaltschaft destabilisiert die Sicherheit des Opfers gemäß Strafanzeige vom 01. Dez. 2018 beim Amtsgericht wegen feiger Hasskriminalität, Hausfriedensbruch mit gewalttätigen Übergriffen durch Nachbarn, Niederschlagung durch die Staatsanwaltschaft mit Schreiben vom 11.01.2018 (Seite 8)

Beschluss 16 M 480/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 14.12.2017

(Anlage AGVE-1801) nach

Schriftsatz vom 10. März 2017 an den Obergerichtsvollzieher

(Anlage AGVE-1802)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

und nach

Schriftsatz vom 15. April 2017 an den Obergerichtsvollzieher

(Anlage AGVE-1803)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 6)

Mit Versagung von rechtlichem Gehör zu einer erdrückenden Beweislage hat die deutsche Justiz längst den realistischen Bezug zu unerhörten Vorgängen in der Praxis verloren.

Alle Kammern des Landgerichtes haben sich bis heute nur an den verheerenden Folgewirkungen der politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt. Das Opfer, das wegen kapitaler Vermögensschäden aus den politisch motivierten Zerschlagungen auch auf anwaltliche Unterstützung verzichten muss, wird für nicht abwendbare Folgewirkungen zur Verantwortung gezogen.

Gebetsmühlenartig wurden die politisch motivierten Zerschlagungen immer wieder vorgetragen und mit erdrückender Beweislage nachgewiesen.

Dies trifft insbesondere auf die

Zerschlagungen 1 (2 O 70/15) und 2 (2 O 163/16) zu,

die in der 2. Zivilkammer des Landgerichts mit erdrückendem Beweismaterial beklagt wurden. Zu **Zerschlagung 3** gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wurde in 2018 ein neues Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mittäterschaft (27 K 4325/18) eingeleitet.

Politisch motivierte Zerschlagungen sind ein **Frontalangriff auf Grundrechte.**

Mitleid durch ein rechtliches Gehör versagendes Landgericht ist diskriminierend und diffamierend. Mitleid zu heucheln wegen

angeblicher "Schicksalsschläge", die politisch motiviert sind, und

unverschuldeter, staatlich erzwungener Altersarmut des Zerschlagungsopfers, ist unerträglich, wenn rechtliches Gehör zu Schadenersatz in 2-stelliger

Millionenhöhe und zu einer angemessenen Rehabilitierung (**Zerschlagung 3 und 6**) versagt wird.

Wenn rechtliches Gehör durch alle Instanzen versagt wird, dann bleibt dem Zerschlagungsopfer nur die Verfassungsbeschwerde. Dem Vizepräsidenten des Landgerichts müsste außerdem bekannt sein, dass bei derartigen Verfassungsbeschwerden eine Anhörungsrüge notwendige Voraussetzung ist.

Völliges Versagen von rechtlichem Gehör durch das Landgericht wird beklagt, weil eine erdrückende Beweislage nicht nur als Printmedium angeboten wird, sondern zusätzlich in multimedialer Form mit einer umfangreichen Internet-Dokumentation, sodass die Möglichkeit besteht, Beweise bei Bedarf immer wieder aufzurufen und notfalls mit vorliegenden Printmedien zu verifizieren.

Das Opfer beklagt den Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen. Aus diesem Grunde hat es im Monat Januar 2018 eine darauf fokussierte Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vorgenommen:

Missbrauch deutscher Institutionen und deutscher Justiz für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem:

Verfassungsbeschwerde vom 15.Jan.2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

> > > Scroll down after link (page 84, page 90)

und

Missbrauch deutscher Justiz für psychologische Folter:

Verfassungsbeschwerde vom 18.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

> > > Scroll down after link (page 29).

Zu BVERFG-02(23). Gerichtsverfahren
7 O 315/12 Landgericht Wuppertal mit Teilversäumnis- und Schlussurteil
am 16. April 2015 (Anlage AGVE-1804) und
16 T 13/18 Landgericht Wuppertal, 16 M 480/17 Amtsgericht Velbert
Teil eines

teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches
Gehör nach Art.103 Abs.1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Gigantische kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
„herrschenden“ Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden

Mit gigantischen Zerschlagungen der Innovationselite zu Hartz IV und
Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
unter Verantwortung von

> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)

> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen

Unrechtssystems ist zu schützen.

Das herausragende Lebenswerk des Opfers politisch motivierter
Zerschlagungen sind Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa: die

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (1977-2003)

mit dem weltweit größten Congressangebot zur digitalen Evolution in

Deutschland und Europa > > > www.euro-online.de

Sieh auch weiterführendes Congressmesse-Archiv

<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Dieses weltweit herausragende Lebenswerk wurde nachhaltig zerstört mit einer
gigantischen Umverteilungspolitik,

erzwungen durch groben Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit
massivem Verstoß gegen das Telekommunikationsgesetz (massiver Verstoß
gegen Regulierungsziele nach §2 Abs.2 TKG), unter Verantwortung von

> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)

> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX)

Die gigantische Umverteilungspolitik verursachte

gigantische Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010.

Gerhard Schröder referierte auf der **Europäischen Congressmesse**

ONLINE'91 auf Einladung des Justizopfers, selbst das Thema seiner Rede war
von ihm in Abstimmung mit einem Congressleiter vorgeschlagen:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Gerhard Schröder war damals Ministerpräsident von Niedersachsen (1991-
1998), **Frank-Walter Steinmeier** trat 1991 (offensichtlich vor der ONLINE'91) als
Referent für Medienpolitik (1993 als Büroleiter des Ministerpräsidenten) in die
Niedersächsische Staatskanzlei ein.

Der Ministerpräsident war auch zum VIP-Empfang der ONLINE'91 unmittelbar
vor seiner Rede eingeladen, in Anwesenheit von

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt
Hamburg und zum Zeitpunkt der ONLINE'91 Präsident des Bundesrates.

Zum VIP-Treffen ist Ministerpräsident Gerhard Schröder **ohne Mitteilung nicht erschienen**, hat aber im Plenum der ONLINE'91 als Sprecher teilgenommen. Sieh Internet-Link oben. Anzunehmen ist, dass er vom Referenten für Medienpolitik Steinmeier begleitet wurde (im Auditorium anwesend). Die neuen Medien waren Schwerpunktthema.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Das ist das Lebenswerk des Justizopfers, es hat sein Leben lang nichts anderes gemacht, aber das professionell und mit Perfektion.

Deutschland und Europa haben davon maximal profitiert. Die deutsche Digital-Branche, die deutsche Telekommunikation war im Jahr 2000 Weltspitze.

"8 Congresses in 1 Messe", jeder Congress mit 4 **ganztägigen** Symposien, also insgesamt **32 (4x8) ganztägige Symposien zu**

32 Innovationsschwerpunkten der ITK-Branche waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit **zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der

innovationsorientierten Aussteller und

abschließende, ganztägige Tutorials mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter für den innovationsorientierten Mittelstand. Diese

Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen DIGITAL-Branche geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den

"Nationalen IT-Gipfel" (heute Digital-Gipfel unter „Federführung“ der Beklagten, des Bundeswirtschaftsministeriums) in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

Erdrückende Beweislage durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Diese Congressmessen haben den Innovationsmarkt der Digital-Branche mit maximaler Qualität und ohne Subventionen dominiert.

Dieser Innovationsmarkt wurde mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 der Schröder-Regierung völlig zerstört. Mit einem Markteingriff der Monsterklasse unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung vor mehr als 17 Jahren, der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, und der bis heute andauernden staatlichen Diskriminierung und Ausgrenzung wurde **das Lebenswerk und ansehnliche Altersrücklagen des Justizopfers irreversibel zerstört, seine Existenz-Grundlage vernichtet, ein Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe zugefügt.**

Mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) wurde das Loch im Bundeshaushalt (25%) gefüllt. Der Bundeshaushalt 2000/2001 ist das **größte Milliardengrab aller Zeiten**, weil nach 1 Jahr das Loch wieder da war:

Tatsache ist, dass mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag der deutsche Innovationsmarkt zerstört wurde zugunsten eines 25%-Lochs im Bundeshaushalt 2000 / 2001, sehr zur Freude des internationalen Wettbewerbs, mit tödlichem Ausgang für den innovationsorientierten Mittelstand in Deutschland. 1 Jahr lang war das Loch gestopft, dann war es wieder da, sodass

einschneidende Strukturveränderungen mit der Agenda 2010 und HARTZ IV nicht mehr vermeidbar waren:

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-staatsv.pdf>

Selbst der Flughafen Berlin 2017 ist im Vergleich nur ein kleines Milliardengrab, wobei am Ende hoffentlich ein funktionsfähiger Flughafen existiert. Im Gegensatz zum Bundeshaushalt 2001/2002: Das Loch im Bundeshaushalt war nach 1 Jahr wieder da und die Probleme waren um ein Vielfaches gewachsen, weil der Innovationsmarkt völlig zerstört war und ausländische und inländische Kapitalgeber (Kapitalflucht) keinerlei Lust hatten, mit Investitionen in den Innovationsmarkt „schwarze Löcher“ im Bundeshaushalt zu finanzieren, an denen Albert Einstein seine Relativitätstheorie hätte nachweisen können
> > > **Beweis durch Zeugnis des**

Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier,

Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000.

Mit der gigantischen Umverteilungspolitik wurde auch dem deutschen Staat ein **gigantischer Schaden** zugefügt, mit einer Ausführung, die in einem Rechtsstaat die Anwendung von Notstandsgesetzen für Notstandssituationen voraussetzt.

Im Jahr 2000 war Deutschland digitale Spitze im globalen Vergleich. **Heute? Altkanzler Gerhard Schröder ist internationaler Putin-Berater mit dicker Bundeskanzler-Pension.**

Wegen seiner gigantischen Umverteilungspolitik >

deutsche Digital-Branche ist in einem jämmerlichen Zustand:

deutsches Regierungsnetz ist Trainingsplatz für russische Hacker,

Deutschland ist digitale Kolonie von USA und Fernost,

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

Die ganze Tragweite dieser desaströsen Umverteilungspolitik wird sichtbar mit einem Blick auf das weltweite Ranking wertvollster Unternehmen Ende 2017:

Wertvollste Unternehmen

(Marktkapitalisierung Dez. 2017)

1. Apple / USA.....876 Mrd \$
2. Alphabet(Google) / USA....733 Mrd \$
3. Microsoft / USA.....661 Mrd \$
4. Amazon / USA.....570 Mrd \$
5. Facebook / USA.....516 Mrd \$
6. Berkshire Hathaway / USA..490 Mrd \$
7. Tencent Holdings / CHN....484 Mrd \$
8. Alibaba / CHN.....444 Mrd \$

Auf den ersten 8 Plätzen (Platz 6 ausgenommen) sind nur Unternehmen der Digitalbranche, das wertvollste Unternehmen Deutschlands (SAP) belegt Platz 60, USA belegt die ersten 5 Plätze, China Platz 7 und 8.

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre wurde

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung (Ausgrenzung!): nur z.B.

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005

> **Neue Aufgaben für Aufbau Ost:** Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005

> **Koalitionsvertrag und Breitband-Internet**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
> **Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und
Wirtschaftswachstum** – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
> **Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum
braucht professionellen Innovationstransfer
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
> **Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze:** Neubeginn für Leistungsträger
des Mittelstands
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
> **Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende**
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Erdrückende Beweislage zu Zerschlagung 1 und 6 durch die Congressmesse-
Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst
qualifizierten Congressleitern
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Dieses Beweismaterial wurde in 2014/2015 vorgelegt bei
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf (27 K 3968/14, Juni 2014)
27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin (27 K 308.14)
2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 70/15)
18.Zivilsenat des OLG Düsseldorf (I-18 W 36/15)
III.Zivilsenat des Bundesgerichtshof (III ZB 108/15)
BVerfG (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 zu III ZB 108/15)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

Umverteilung kann nicht darin bestehen,
dass ein umverteilter Bürger zum Justizopfer gemacht wird,
dass ihm trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa einfach alles weggenommen wird und in erzwungener
Altersarmut anschließend von einer weisungsgebundenen, skrupellosen,
diskriminierenden Staatsanwaltschaft mit beklagten Weisungsgeber
(Bundeskanzleramt) und von Obergerichtsvollziehern (Vollstreckungsgerichten)
ohne Sinn und Verstand wie eine Sau durchs Dorf getrieben wird.
Dies alles trotz erdrückender Beweislage, Beweise nach Bedarf erweiterbar!

**Das ist Faktenlage 2018 in deutscher Justiz (sieh politisch motivierte
Zerschlagungen 1 bis 6),** Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte
Zerschlagungen (Frontalangriff auf deutsche Grundrechte) erfordert längst den
Eingriff des Bundesverfassungsgerichts.
**Verantwortlich ist nicht das Opfer, sondern der staatliche Täter,
verantwortlich für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe**
Missbrauch deutscher Justiz ist definitiv bei politisch motivierten Zerschlagungen
mit bundesweiter Ausuferung zu bekämpfen.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Die Gerichtsverfahren

7 O 315/12 Landgericht Wuppertal mit Teilversäumnis- und Schlussurteil am 16. April 2014 (Anlage AGVE-1804) und

16 T 13/18 Landgericht Wuppertal, 16 M 480/17 Amtsgericht Velbert

sind Teil eines

teuflichen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems

Teuflich, weil das Opfer für verheerende Folgewirkungen einer kriminellen Zerschlagungspolitik verantwortlich gemacht wird.

Politisch motivierte Zerschlagungen und die daraus resultierende, staatlich erzwungene Altersarmut sind der einzige Grund, warum das Opfer seit Ende 2009 keine Krankenversicherung mehr hat. Alle haben sich beim Zerschlagungsopfer bedient, einschließlich die Krankenversicherung, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, aber noch einmal mit Nachzahlung von Krankenversicherungsprämien abkassieren möchte. Das Landgericht Wuppertal ist mit einem künstlichen "Teilversäumnisurteil" (irreführendes, daher moralisch verwerfliches Framing) dafür verantwortlich, dass die Ursachen für staatlich erzwungene Altersarmut unterdrückt wurden und die Nachzahlung von Krankenversicherungsprämien nur in Verbindung mit einem angemessenen Schadenersatz umzusetzen ist;

obwohl seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbracht werden.

Einer erdrückenden Beweislage für einen angemessenen Schadenersatz wird jedoch bis heute rechtliches Gehör versagt.

Die 16. Zivilkammer heuchelt Mitleid über die Schicksalsschläge des Zerschlagungsopfer: Sieh Anlage VB-01(23) Seite 3.

Eine solche Diskriminierung mit geheuchelter Anteilsnahme ist nicht zu überbieten, weil politisch motivierte Zerschlagungen als Schicksalsschläge missdeutet werden.

Weiter: "Die Kammer dürfe nur darauf hinweisen, dass dieses Vorbringen nicht vor dem Vollstreckungsgericht, sondern nur in den dafür vorgesehenen Verfahrensarten vor einem Prozessgericht geltend gemacht werden kann."

Faktenlage: In den dafür vorgesehenen Verfahrensarten an der 7. Zivilkammer

(7 O 315/12 Landgericht Wuppertal, **Zerschlagung 4**) und

an der 2. Zivilkammer

(2 O 70/15 Landgericht Wuppertal, **Zerschlagung 1**)

wurde in verfassungswidriger Weise rechtliches Gehör versagt zu einer erdrückender Beweislage. **Wirklich teuflich!**

Zu BVERFG-03(23). Gerichtsverfahren

7 O 315/12 Landgericht Wuppertal mit Teilversäumnis- und Schlussurteil
am 16. April 2015 (Anlage AGVE-1804) und

16 T 13/18 Landgericht Wuppertal, 16 M 480/17 Amtsgericht Velbert
mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach
Art. 103 Abs. 1 GG vor allem beim zuständigen Landgericht

Aktuelle Hintergrundinformationen zu

**Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches
Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts**

Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

**Verlust eines Menschenlebens mit Fortsetzung hasskrimineller
Hexenjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft**

sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

**Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems**

Politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines
Menschenlebens sind Gegenstand der gerichtlichen Klagen des
Beschwerdeführers seit 2010:

> **Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten
Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden
Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa

> **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen
Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und
Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und
gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen
Rundfunks (Mitwisserschaft mit medialer Rundfunksperre,
Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1) mit neuer Klage in 2018

> **Zerschlagung 4:** unter Verantwortung deutscher Justiz wegen
verfassungswidrigen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen
(soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit) für finale
Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut

> **Zerschlagung 5:** unter Verantwortung einer weisungsgebundenen,
skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit verfassungswidrigem Missbrauch
des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen
internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für
schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung im
Wiederholungsfall, mit Hausfriedensbruch, mit verwerflicher
Rufschädigung

> **Zerschlagung 6:** bis dato mit Versagung von Rehabilitierung mit
Schadenersatz für ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
**bis dato ohne rechtliches Gehör zu Antrag für professionellen
Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale
Evolution**

> **Zerschlagungswende? Kein Weiter so !**

Finale, skandalöse Zerschlagung mit juristischen Scherbenhaufen
unter Verantwortung deutscher Justiz ?

mit Versagung von rechtlichem Gehör für erdrückende Beweislage zu
staatlich erzwungener Altersarmut ?

mit Verweigerung der Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes (**Rehabilitierung**) mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa ?

ohne qualifizierte anwaltliche Unterstützung, weil die anwaltliche Vertretung eines Justizopfers (juristischer Scherbenhaufen politisch motivierter Zerschlagungen) mit PKH-Konditionen zu komplex ist, und ganz Deutschland schaut zu!

> **Extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Missbrauch von Staatsgewalt** zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein **Frontalangriff auf das Grundgesetz (GG):**

„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. **Niemand ohne Ausnahme darf sich über das GG stellen.**

Das GG soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen. Dies gilt insbesondere für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe.

Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit massiven Verstößen gegen das Telekommunikationsgesetz nicht den Hauch einer Chance: **Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt mit psychischer und sozialer Zerschlagung.**

Den Stoff aufgearbeitet in unzähligen Briefen an die „politische Elite“, bis heute abgestraft mit Versagung selbst einer Empfangsbestätigung, geschweige denn einer Beantwortung, in jahrelangem Streit mit einer regierungsnahen deutschen Justiz durch alle Instanzen seit 2010, ohne anwaltliche Unterstützung, bis heute mit verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör.

Gegen eine Mauer des Schweigens!

Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa **Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach mehrfachen Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit massiven Verstößen gegen das Telekommunikationsgesetz und verheerenden Folgewirkungen**

Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15) mit

Rechtsbeschwerde am BGH und Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Zerschlagung 2: unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung, mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1, mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft **Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach langjähriger, seit 1998 intensiver Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012), mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen einzigen Rechtsnachfolger in NRW**

Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16)
wegen Fortsetzung der Zerschlagung in NRW mit erdrückender
Beweislage

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>
Scroll down after link (page 50)
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Zerschlagung 3: unter Verantwortung öffentlich-rechtlicher
Rundfunkanstalten,
**wegen Mitwisserschaft, medialer Rundfunk- und Fernsehsperrung,
wegen Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und diskriminierender
Kommunikationsverweigerung seit 2007**

**Versagung von jeglichem Gehör (rechtlich, politisch, medial) zu
politisch motivierten Zerschlagungen des Klägers, unter direkter
Beteiligung des Gebühren-finanzierten, beklagten Rundfunks
trotz des Nachweises eines direkten Schadens von 100.000 EUR
trotz des Nachweises eines viel höheren Schadens durch
Mittäterschaft, Mitwisserschaft und strafbarer Kumpanei,
trotz massiver Verstöße des Beklagten gegen Medienrecht,
Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht mit kapitaler
Schadenswirkung auf professionelle Unternehmungen des
Klägers**

Verwaltungsgerichtliche Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf
seit 2013 (27 K 5854/13) und neuer Klage in 2018 (27 K 4325/18)

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>
Scroll down after link (page 84)
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

Zerschlagung 4: Soziale Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
(Versicherungszweck) unter Verantwortung des Sozialstaates wegen
verfassungswidrigem Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen für
finale Zerschlagung infolge

staatlich erzwungener Notlage/Altersarmut:

**Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen
mit politisch motivierten Zerschlagungen, mit der dadurch
verursachten Altersarmut, mit der dadurch verursachten
Vernichtung von Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen,
mit dem dadurch verursachten Wegfall von Kranken- und
Pflegeversicherung seit 2010 ist verfassungswidrig:**

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>
Scroll down after link (page 25)

Zerschlagung 5: unter Verantwortung von weisungsgebundener
Staatsanwaltschaft mit verfassungswidrigem Missbrauch des
staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen deutsche
Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte,
mit beklagtem Weisungsgeber (Bundeskanzleramt)

Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer und wiederholter Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, teuflisch geplante Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter, massiver Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften und einer unterirdischen, hundsmiserablen Justiz, Rechtsanspruch auf Schmerzensgeld wegen staatsanwaltschaftlicher Misshandlungen

Extremistische Ausuferung von schikanierenden

„Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 mit Fortsetzung in 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 27)

Zerschlagung 6: Fortsetzung der Klage in 2017 auf Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin Bis heute (2017): Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte - Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen infolge mehrfachen Missbrauchs der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern, mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern, Eskalation zu bundesweiter Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte mit ständiger Versagung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

**Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht
Berlin, 27. Kammer, VG 27 K 308.14 seit 2011**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Erinnerung an Umsetzung von
**angemessener Rehabilitation, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 243)

Zu BVERFG-04(23). Gerichtsverfahren

7 O 315/12 Landgericht Wuppertal mit Teilversäumnis- und Schlussurteil
am 16. April 2015 (Anlage AGVE-1804) und

16 T 13/18 Landgericht Wuppertal, 16 M 480/17 Amtsgericht Velbert
im krassem Widerspruch zu

> **Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale
Evolution in Deutschland und Europa mit herausragende Persönlichkeiten
als Zeugen:**

**Europäische Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**

**Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen
Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland,
Europa und weltweit**

**Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der**

**Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa auf Staatskosten**

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

**Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des
Bundespräsidenten**

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt

zu den Zusammenhängen von

gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010

**zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines
Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden**

zugunsten von mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

Kein Weiter so.

Neubeginn mit angemessener, öffentlicher Rehabilitierung und professionellem
Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit
**Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz
und Innovationswachstum ist möglich.**

**Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa sind Zeugen
für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale**

Evolution in Deutschland und Europa: Am Verwaltungsgericht in Berlin

(27. Kammer, VG 27 K 308.14) in Anlage 18-06 mit den

Dokumentationen DOK-03 (hier aus Internet-Doku) vorgelegt:

DOK-03-01

**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident
der Bundesrepublik Deutschland**

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den
Strukturwandel"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-02

**Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik
Deutschland,**

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-03

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1981-1988)

Dr. Klaus von Dohnanyi, Schirmherr der Europäischen Congressmessen ONLINE'86, ONLINE'87 und ONLINE'88 (Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg bis 1988, danach Dr. Henning Voscherau, 2016 verstorben)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>

DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für

Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„**Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend**“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)

Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)

Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber

der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

(verstorben 2016 in Hamburg)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„**Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**.“

„**Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

DOK-03-6

**EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission**

**EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle“**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

DOK-03-7

**Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92**

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8

**über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999**

(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

DOK-03-9

Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001

**Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse
ONLINE2000/2001**

Bundesminister Dr. Werner Müller < nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, weil >

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

u.v.a.m.

**Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa sind Zeugen
für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale
Evolution in Deutschland und Europa.**

Angesichts dieser Zeugen hat das Zerschlagungsopfer beantragt:

Zeugnis des Bundespräsidenten.

Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des

Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier

(1999-2005), verantwortlich für Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000
mit anschließenden Missbrauch verheerender Folgewirkungen für.

**politisch motivierte Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe im Zuge einer
rechtswidrigen Umverteilungspolitik mit krimineller Ausführung.**

**Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten nicht nur
am Verwaltungsgericht Berlin gestellt (Zerschlagung 6), sondern auch
am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Zerschlagung 3)**

mit neuer Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk in 2018 (27 K 4325/18)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

**Unverzichtbar ist der juristische Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung**

für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa mit Schadenersatz mit großem Nutzen für Deutschland und
Europa.

**Die Notwendigkeit von mehr Transparenz ist zunehmende Erkenntnis neuer
europäischer Politik, wie mit dem "EU whistleblower protection law" zur
Umsetzung in den nationalen Mitgliedstaaten vorgegeben wird.**

**Zu BVERFG-05(23). Zurückweisung diskriminierender Justiz:
7 O 315/12 Landgericht Wuppertal mit Teilversäumnis- und Schlussurteil
am 16. April 2015 (Anlage AGVE-1804) und
16 T 13/18 Landgericht Wuppertal, 16 M 480/17 Amtsgericht Velbert
Tatsache: "Teilversäumnis" durch Missbrauch eingeschränkter
Prozesskostenhilfe (diskriminierendes Framing!) ist verfassungswidrig,
weil in Wirklichkeit absichtliche Versagung von rechtlichem Gehör für
kausale Zusammenhänge mit staatlich erzwungener Altersarmut und mit
kapitalen Schäden infolge politisch motivierter Zerschlagungen,
Menschenrechte verachtende und diskriminierende Zwangsmassnahmen
zu Forderungen der Krankenversicherung aus Schlussurteil 7 O 315/12
völlig überflüssig durch angemessenen Schadenersatz und Rehabilitierung
Vorzeitige Erzwingung von Forderungen aus dem Schlussurteil trotz
staatlich erzwungener Altersarmut des Zerschlagungsopfers:
Teuflisches, Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Vernichtung jeglicher Perspektive auf Krankenversicherung für den Rest
des Lebens (soziale Zerschlagung des Opfers mit grundrechtsgleichen
Recht der Zurückweisung jeder Entmündigung)
Beschwerdeführer ist das Opfer, nicht der Täter von politisch motivierten
Zerschlagungen > > > **Kein Weiter so!****

Im Jahr 2000, im Jahr der staatlichen UMTS-Auktion 2000, befand sich der
Beschwerdeführer im Zenit seines Lebenswerkes mit einer 1st-Class-
Krankenversicherung. Diskriminierende Ausgrenzung des privatwirtschaftlichen
Leistungsträgers (Beschwerdeführer) im staatswirtschaftlichen Umfeld der
Messewirtschaft nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 hat die Zerstörung
seines Lebenswerkes und damit seiner gesamten Existenzgrundlage erzwungen.
Er hatte nicht den Hauch einer Chance, trotz des Nachweises intensiver
Bemühungen, längst nachgewiesen im parallelen Klageverfahren:
Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 276/16 vom 18.12.2015 mit Vorlage von
erdrückendem Beweismaterial
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Der Beschwerdeführer war gezwungen, alle Altersrücklagen aufzulösen, um die
hohen Beiträge der Krankenversicherung (Kläger) weiter zu bezahlen, u.a. auch
eine Lebensversicherung der klagenden Krankenversicherung. Der
Beschwerdeführer hat gezahlt, bis alle Altersrücklagen aufgebraucht waren. Dies
war im Jahr 2010 der Fall. Seitdem hat er **keine** Krankenversicherung mehr.

Nach und parallel zu einer Petition an den Deutschen Bundestag in 2010,
nach einer ersten Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen
Missbrauch des Petitionsgrundrechtes im Deutschen Bundestag,
nach erster Klageerhebung am Verwaltungsgericht Köln / Berlin,
Gegenstand der gerichtlichen Klagen in 2018:
Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer, bundesweiter Ausuferung staatlicher Übergriffe
**mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der Heimat und
kapitalen Vermögensschäden**
mit wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel der
Erzwingungshaft:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Wie soll das weitergehen? **Kein Weiter so!**

Kein Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mehr.

Deswegen hat das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen im Juni 2018 persönliche Briefe direkt an den Bundespräsidenten und Bundesverfassungsgerichtspräsidenten geschrieben

> Persönliches Schreiben vom 10.Juni 2018 an den **Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>:

> Persönliches Schreiben vom 26.Juni 2018 an den **Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 34)

Auch wenn im Jahr 2000 **Frank-Walter Steinmeier** als Chef des Bundeskanzleramtes für die Durchführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und danach für die Beherrschung der furchtbaren Folgewirkungen (HARTZ IV, Agenda 2010) verantwortlich war, so wurde daraus letztendlich das Werk von weisungsgebundenen Staatsanwälten, von öffentlichen Verwaltungen und öffentlichen Institutionen, die selbst rechtswidrige Maßnahmen nicht gescheut haben, um Vorteile aus den Zerschlagungen zu ziehen.

Eine angemessene Aktivität des heutigen Bundespräsidenten in Anbetracht eines Staates, der bis heute jede Verantwortung ablehnt, ist anzunehmen.

Das Bundesverfassungsgericht ist die höchste Instanz deutscher Justiz.

Beschwerden an europäische Gerichtshöfe werden nur in genehmigten Ausnahmefällen zugelassen. **Eine angemessene Aktivität des Präsidenten ist anzunehmen**, weil das Opfer bis heute über 20 Verfassungsbeschwerden mit umfangreichen Ausführungen eingereicht hat, alle mit "Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung" beschieden.

Wenn eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in extremistischer Weise ausföhrt

in eine bundesweite Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, kapitalen Vermögensschäden und

Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte

mit Versagung von rechtlichem Gehör zu einer erdrückenden Beweislage, dann

ist das ein Generalangriff auf das Grundgesetz. in solchen Fällen ist auch der Bundespräsident und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts gefordert.

Das Zerschlagungsopfer macht mit Recht und Stolz darauf aufmerksam, dass es bereits seit der Einführung des Bundesdatenschutzgesetzes BDSG seit den 1970er Jahren in den von ihm organisierten Congressmessen starke Unterstützung gegeben hat, das ohne Fördermittel und eigen finanziert:

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_77.pdf

oder bei der Digitalisierung im Justizwesen, im Patentwesen, im Gesundheitswesen, in der Verwaltung und in allen Branchen der Wirtschaft.

Eine Aufarbeitung seines weltweit einzigartigen Congressmesse-Archivs wäre dringend. Statt dessen muss er sich mit Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft, mit übergreifiger Staatsanwaltschaft, mit primitiver Polizeigewalt, mit Verhöhnung der Grundrechte, mit Isolationshaft u.a. auseinandersetzen. Das ist Deutschland 2018!

Zu BVERFG-06(23). Was muss mit dieser Verfassungsbeschwerde erreicht werden? Kein Weiter so!

**Sensibilisierung von Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht
Sofortige Einstellung des Missbrauchs von Staatsgewalt.
Rechtliches Gehör für eine erdrückende Beweislage am Verwaltungsgericht
Berlin, am Verwaltungsgericht Düsseldorf, am Landgericht Wuppertal
System Deutschland auf dem Weg zu einem teuflischen Unrechtssystem
Teuflische Eskalation zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel einer
Erzwingungshaft für 180 € Bußgeld für eine Verkehrsordnungswidrigkeit
mit Rechtsbeugung, weil kein Bezug zum Verkehr, unter Verantwortung
einer skrupellosen, weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft
Daher : Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung**

Solange an **3 deutschen Gerichten**,
> am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14 aktuell)
> am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18 aktuell) und
> am Landgericht Wuppertal generell
rechtliches Gehör versagt und verhindert wird,
zu politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter
Sippenzerschlagung
mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen
Heimat, kapitalen Vermögensschäden, staatlich erzwungener
Altersarmut und Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte
**trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa und trotz erdrückender Beweislage,**
**ist jede Zwangsmaßnahme wie z.B. hier die Eintreibung von Nachzahlungen
an eine Krankenkasse, die seit Beginn 2010 keine Versicherungsleistungen
mehr erbringt, abzuwehrender Missbrauch von Staatsgewalt.**

Das "System Deutschland", das einen nicht vorstellbaren Missbrauch deutscher
Justiz zulässt,
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten
Zerschlagungen,
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter
Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen
Heimat, kapitalen Vermögensschäden und Verstöße gegen
fundamentale Menschenrechte wie Freiheitsberaubung, Isolationshaft
etc. trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa,
**hat längst den Zustand eines teuflischen Unrechtssystems
erreicht.**

Der Beschwerdeführer hat beim Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14)
**beantragt und erinnert: Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau seiner
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 243)

Das ist auch im Interesse von Deutschland, das in der Digitalisierung den
Anschluss an die Weltspitze verloren hat.

Der Beschwerdeführer hat beim Verwaltungsgericht Düsseldorf in 2018 eine neue Klage (27 K 4325/18) gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk eingeleitet:

Klage auf öffentliche Rehabilitation und Schadenersatz mit Nachweis eines Mindestschadens von 100.000 € ("Spitze eines Eisbergs", tatsächlich viel höher).

> > > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Am Landgericht Wuppertal werden alle Verfahren auf Schadenersatz mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer erdrückender Beweislage einfach niedergeschlagen (Zerschlagung 1, Zerschlagung 2). **Das Landgericht Wuppertal heuchelt Anteilnahme an "Schicksalsschlägen" des Zerschlagungsopfers, möchte sich aber an der finalen Zerschlagung beteiligen wie hier:** Das Vollstreckungsgericht Velbert will auf Betreiben der Staatsanwaltschaft den Ausgang der Klagen auf Schadenersatz, öffentliche Rehabilitation u.a. nicht abwarten, sondern für die DEBEKA-Krankenkasse vollstrecken: (Sieh Anlage VB-05623).

Zu beachten: Keine Versicherungsleistung der DEBEKA-Krankenkasse seit 2010. Auch nach der Zwangsmaßnahme besteht keine Krankenversicherung mehr.

Solche Vorgänge sind nur möglich, weil an der 16.Zivilkammer sofortige Beschwerden in Rechtsbeschwerden umgedeutet werden, mit Versagung von rechtlichem Gehör für Sachargumente, trotz einer erdrückenden Beweislage an der 2.Zivilkammer, ebenso wie am Bundesverfassungsgericht mit entsprechenden Verfassungsbeschwerden. Gegen ein solches Chaos hat sich das Opfer vergeblich gewehrt.

Was am Landgericht Wuppertal abläuft, ist

krimineller Missbrauch des deutschen Rechtsstaates für politisch motivierte Zerschlagungen, unter Verantwortung von weisungsgebundenen Staatsanwälten, im Monat Juni 2018 zum 2.Mal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und "teuflischer" Isolationshaft unter dem Deckmantel von Erziehungshaft für 180 € Bußgeld wegen Verurteilung zu einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Rechtsbeugung, da kein Bezug zum Verkehr):

Der Unterzeichner lehnt jede Kostenverantwortung für verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör ab und verweist auf sein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 Grundgesetz. Erschwerend kommt hier hinzu:

Das sog. Ordnungswidrigkeitsverfahren 32 OWi 923 Js 283/17 360/2017 001 (273) ist erneut eskaliert zu

Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel einer Erziehungshaft für 180 € gegen einen 77-jährigen Rentner (Unterzeichner) im Schlafanzug nach Überfall durch einen 4-Mann-Polizeitruup am 14.Juni 2018 um 7.30 Uhr mit gewaltsamer Öffnung eines Zugangs zu seinem Privathaus.

Dem Opfer, das keine Gegenwehr leistete, wurden die Hände auf dem Rücken fixiert, es wurde so abgeführt und im Schlafanzug in die JVA Wuppertal eingeliefert. Dort wurde es einer totalen Isolationshaft ohne jeden Zugang zur Außenwelt unterworfen, in einer Zelle mit offenem indischen Plumpsklo, mit Uringestank in der Zelle, mit Verbot der möglichen Benutzung einer zeitgemäßen Toilette gegenüber der Zelle. So geht psychologische Zerschlagung.

Nach Anmahnung von mehr Respekt gegenüber dem Alter mit Hinweis auf Art.1. Abs.1 GG ein gewalttätiger Polizist: "Das ist das Grundrecht auf Gefangennahme".

Kein Weiter so! hat er schriftlich angemahnt beim

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland:
Brief an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Brief an Präsident Prof. Dr. Dr.h.c. Andreas Voßkuhle
im Rahmen der Verfassungsbeschwerde VB22
Verfassungsbeschwerde VB22 gegen psychische Zerschlagung
Zerschlagung 5: Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von
Erzwingungshaft für 180 €, 18.Mai 2018
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>
Scroll down after link (page 34))

"Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber respektieren".
Um Beachtung.wird gebeten.

Kein Weiter so und daher Antrag auf Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung.

Velbert, 10.Juli 2018



Albin L. Ockl

Anlagen der Verfassungsbeschwerde

Anlage VB-01(23)

Beschluss 16 T 13/18 der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 11.Juni 2018 (eingegangen am 29.Juni 2018) am Ende eines Gerichtsverfahrens mit durchgängiger Versagung von rechtlichem Gehör zu staatlichen Übergriffen seit Beginn des Gerichtsverfahrens in 2012 an der 7.Zivilkammer ohne Krankenversicherung seit 2010 infolge staatlich erzwungener Altersarmut

Anlage VB-02(23)

Schriftsatz vom 22.Mai 2018

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 12.April 2018 (eingegangen am 09.Mai 2018) wegen fortgesetzter Versagung von rechtlichem Gehör nach §321a ZPO

wegen Versagung von rechtlichen Gehör für Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 gemäß Rechtsbehelfsbelehrung des Amtsgerichts zum Beschluss 16 M 480/17 vom 14.12.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 54)

Anlage VB-03(23)

Beschluss 16 T 13/18 der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 12.April 2018 (eingegangen am 09.Mai 2018)

Anlage VB-04(23)

Schriftsatz vom 21.März 2018 mit der

Forderung nach sofortiger Einstellung aller Zwangsmaßnahmen.

Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichen Gehör für Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 gemäß

Rechtsbehelfsbelehrung zum Beschluss 16 M 480/17 vom 14.12.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 39)

mit den Anlagen **AGVE-1805, AGVE-1806, AGVE-1807**

Anlage AGVE-1805

Androhungen der Obergerichtsvollzieherin vom 12.03.2018

Anlage AGVE-1806

Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt

in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

mit Hinweis auf Staatshaftung und hier Einspruch vom 20.März 2018 gegen

Zwangsmaßnahmen einer neuen OGV'in

Anlage AGVE-1807

Staatsanwaltschaft destabilisiert die Sicherheit des Opfers gemäß

Strafanzeige vom 01.Dez.2018 beim Amtsgericht wegen feiger Hasskriminalität,

Hausfriedensbruch mit gewalttätigen Übergriffen durch Nachbarn,

Niederschlagung durch die Staatsanwaltschaft mit Schreiben vom 11.01.2018

(Seite 8)

Anlage VB-05(23)

Schriftsatz vom 2.Januar 2018 mit

Forderung nach sofortiger Einstellung aller Zwangsmaßnahmen,

mit Einspruch gegen den Beschluss 16 M 480/17 des Amtsgerichtes Velbert (Vollstreckungsgericht) vom 14.12.2017 (eingegangen am 20.12.2017)

mit dem **Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde** mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

mit Einspruch gegen irgendwelche Kosten des Gerichtes und der Beschwerdegegnerin, die vom Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems, nicht verursacht sind.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 14)

mit den Anlagen AGVE-1801, AGVE-1802, AGVE-1803, AGVE-1804

Anlage AGVE-1801

Beschluss 16 M 480/17 des Amtsgerichtes Velbert vom 14.12.2017

Anlage AGVE-1802

Schriftsatz vom 10.März 2017 an den Obergerichtsvollzieher

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Anlage AGVE-1803

Schriftsatz vom 15.April 2017 an den Obergerichtsvollzieher

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 6)

Anlage AGVE-1804

Teil-Versäumnis- und Schlussurteil 7 O 314/12 vom 16.April 2015

Anlage VB-06(23)

Erste Zwangsmaßnahme des Obergerichtsvollziehers Frank Rutenkolk vom 20.Feb.2017 über 5.129,81 € an die DEBEKA Krankenversicherung ohne Versicherungsleistung seit 2010

Zweite Zwangsmaßnahme der Obergerichtsvollzieherin Katja Sommerfeld vom 12.März 2018 mit mehr als verdoppelten Betrag über 13.849,23 € an die DEBEKA Krankenversicherung ohne Versicherungsleistung seit 2010 (siehe Anlage AGVE-1805)

Vorab per Fax an 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht
1 BvR 1618/18**

**Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe**

Velbert, 25.Aug. 2018

**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1618/18 vom 10.Juli 2018
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör
im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen
(gigantische Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010)**
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten
Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter
Sippenzerschlagung
mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen
Heimat, kapitalen Vermögensschäden und Verstöße gegen
fundamentale Menschenrechte
**trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers
für digitale Evolution in Deutschland und Europa. Daher**

**Hier: Wiederholter Antrag auf bis heute versagte Stellungnahme des
Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**
zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010
vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
trotz persönlicher Verantwortung als Kanzleramtschef 1999-2005 und trotz eines
2.Schreibens an den Bundespräsidenten ohne Beantwortung beider Schreiben

Inzwischen: Nicht nur Versagung von rechtlichem Gehör trotz Instanz
abschließender Anhörungsrügen, sondern zusätzlich Eskalation zu
Missbrauch von Staatsgewalt für Freiheitsberaubung mit psychischer Folter
nach **strafbarer** Rechtsbeugung im Wiederholungsfall in schikanierenden
Gerichtsverfahren seit 2011 mit Ziel der sozialen und psychischen Zerschlagung
(Zerschlagung 4 und 5)
Nicht nur Versagung von rechtlichem Gehör trotz einer unvermeidbaren, Instanz
abschließenden Anhörungsrüge, sondern zusätzlich diskriminierende Darstellung
eines nicht mehr zu erkennenden Sachverhalts
infolge ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe, am zuständigen Landgericht, das sich
nur an der Zerschlagung beteiligen möchte, hier
mit Ziel der sozialen und psychischen Zerschlagung (Zerschlagung 4 und 5)

Albin L. Ockl (Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 6, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems)
gegen **Debeka** Krankenversicherungsverein AG, Koblenz,
mit ständiger Unterstützung
durch eine diskriminierende, skrupellose Staatsanwaltschaft

Aktenzeichen: 16 T 13/18 Landgericht Wuppertal,
16 M 480/17 Amtsgericht Velbert

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde mit fortlaufender Nummerierung:

BVERFG-07(23). Wiederholter Antrag auf bis heute versagte Stellungnahme des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV, Agenda 2010 und daraus resultierender politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden und daraus resultierender staatlich erzwungener Altersarmut trotz persönlicher Beziehung des Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) zu beklagten Vorgängen
Wiederholter Antrag auf Zeugnis und bis heute versagte Stellungnahme vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>
Scroll down after link (page 29)

Der Beschwerdeführer, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems, hat mit einer ausführlich dokumentierten Verfassungsbeschwerde (133 Seiten) im Schriftsatz vom 10. Juli 2018 das Bundesverfassungsgericht angerufen. Die Verfassungsbeschwerde mit den Kapiteln BVERFG-01(23) bis BVERFG-06 (23) ist zusätzlich nachlesbar in der Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Inzwischen hat der Beschwerdeführer den **Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland** zweimal angeschrieben:

mit Schreiben vom 10. Juni 2018 (21 Seiten) in Kopie an **Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Verwaltungsgericht Berlin (27. Kammer VG 27 K 308.14), Verwaltungsgericht Düsseldorf (27. Kammer 27 K 4325/18)**
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18. Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
Sieh Anlage VB-22 Seite 14 Anlage 0602-BP, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

mit Schreiben vom 25. Juli 2018 (9 Seiten) in Kopie an **Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Verwaltungsgericht Berlin (27. Kammer VG 27 K 308.14), Verwaltungsgericht Düsseldorf (27. Kammer 27 K 4325/18)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 22)

Seit dem 1. Anschreiben sind über 10 Wochen, seit dem 2. Anschreiben ist ein Monat vergangen, ohne auch nur eine Empfangsbestätigung, geschweige den eine Stellungnahme zu erreichen.

Der Beschwerdeführer hat daher eine ausführlich begründete **Wiederholung des Antrags auf öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten vor den Verwaltungsgerichten vorgenommen und darüber hinaus Antrag auf Verrechnung ausstehender Sozialabgaben mit Rehabilitierung und Schadenersatz sowie Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe gestellt:**

Sieh Anlage VB-07(23).

Beklagt wird psychische Zerschlagung (wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter) und soziale Zerschlagung (anstatt sozialer Sicherheit) unter Verantwortung einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft (Weisungsgeber: Beklagtes Bundeskanzleramt)

Erste Freiheitsberaubung im Juni 2014

Strafanzeige und anschließende Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

Zweite Freiheitsberaubung mit psychischer Folter im Juni 2018

trotz laufender Verfassungsbeschwerde vom 18. Mai 2018 (2 BvR 1299/18)

wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € (nach Rechtsbeugung in 1. Instanz) durch einen 4-Mann-Polizeitruup mit Anschluss an teuflische Isolationshaft in der JVA Wuppertal:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

Scroll down after link (page 29).

Soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit mit laufender Verfassungsbeschwerde vom 10. Juli 2018 (1 BvR 1618/18)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Es ist längst an der Zeit, dass die ständige

Verletzung fundamentaler Menschenrechte beendet wird, mit der auch noch die psychische Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung zu Sippenzerschlagung mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens vollendet werden soll, mit der Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft gegen einen 77-jährigen Rentner mit einem herausragendem Lebenswerk ein 2. Mal wiederholt wird:

das Verfahren am Landgericht ist ein unerträglicher Verstoß gegen die Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG), die an Strafgerichten selbst bei der Verurteilung von Räufern und Mördern zu beachten ist.

Kein Weiter so, daher **wiederholter**

Antrag auf Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung.

Velbert, 25. Aug. 2018



Albin L. Ockl

Anlagen im Schriftsatz vom 25.Aug.2018

Anlage VB-07(23) hier

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Anlagen der Verfassungsbeschwerde

Anlage VB-01(23) bis Anlage VB-06(23)